

6. Wahlperiode – 31. Sitzung

Tagesordnungspunkt 5

1. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Landesbeauftragtengesetz) und zur Änderung weiterer Gesetze

Drucksache 6/4515, Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

17. März 2016

Vielen Dank. – Ich schließe gleich an mit dem Dank wiederum an Frau Meier, Herrn Dr. Gerstenberg und die Genannten sowie an unsere beiden Fachreferenten von CDU und SPD, Herrn Schenderlein und Frau Marschall.

Da ich nicht mehr viel Zeit habe, möchte ich ganz kurz, bevor es hier zu einhellig wird, auf einen Kritikpunkt eingehen. Da es ja in der 1. Lesung nicht üblich ist, dass es eine Gegenrede gibt, möchte ich ganz kurz etwas dazu sagen, dass die Fraktion DIE LINKE beklagt hat, es sei ein sehr schlechter Stil, dass wir diesen Gesetzentwurf hier zu dritt einbringen würden.

(Martin Modschiedler, CDU: Die haben immer was zu meckern!)

Aus meiner Sicht ist es das Zeichen eines sehr, sehr guten Stils, wenn Regierungsfractionen sich mit einer Oppositionsfraction bei einem Thema einig sind und gemeinsam etwas einbringen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN – Rico Gebhardt, DIE LINKE: Machen Sie das nur!)

– Ja, das tun wir hiermit und wir haben uns trotzdem mit Ihren inhaltlichen Positionen zu diesem Thema befasst.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Sie hätten uns ja mal fragen können!)

Ich habe mich mit Ihren inhaltlichen Positionen befasst und möchte aus der letzten Legislaturperiode, als wir mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN bereits in der 2. Lesung waren, ein Zitat vortragen, was die Fraktion DIE LINKE in der 2. Lesung des Gesetzentwurfes in der letzten Legislaturperiode zu diesem Thema zu sagen hatte. Ich zitiere Herrn Prof. Gerhard Besier: „Wir haben Geld genug hineingesteckt. Wir werden es auch nicht ändern können, dass gerade junge Menschen das Interesse an diesem Thema verlieren.“

(Christian Piwarz, CDU: Hört, hört!)

Sehen Sie, hierin unterscheiden sich einfach unsere Positionen. Wir – und ich denke, das gilt auch für die GRÜNEN und die CDU – sind überzeugt davon, dass junge Menschen Interesse an solchen Themen haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Unwissenheit und Desinteresse sind zwei sehr unterschiedliche Dinge. Gegen Unwissenheit können wir arbeiten, und genau darauf zielt der Gesetzentwurf.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Deshalb geben Sie auch mehr Geld in das System!)

Durch die Erweiterung um den Themenschwerpunkt Politische Bildung setzen wir einen wichtigen, zeitgemäßen Akzent, der übrigens teilweise schon längst gängige Praxis im realen Arbeitsleben des LStU ist. Wer schon einmal erleben durfte, wie die wildeste Oberschulklasse andächtig schweigt, wenn eine Zeitzeugin berichtet, wie sie wegen Graffiti mit der Botschaft „Wir wollen die Wiedervereinigung“ als noch Jugendliche zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, der weiß, dass politische Bildung wirkt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Leider fehlt mir die Zeit, alle wichtigen Punkte noch einmal herauszugreifen. Ein ganz besonderer Punkt ist der Einbezug der Opfer aus der sowjetischen Besatzungszeit. Dieses Kapitel ist so düster, dass es dringend ans Licht gerückt werden muss. Die Opfer dieser Zeit waren oftmals jahrzehntelang zum Schweigen verdammt. Sie durften über ihre Haftzeit, zum Beispiel in Sibirien, nicht einmal mit ihren Ehepartnern oder Kindern sprechen. Dass sie nun besondere Erwähnung finden, kommt für manche zu spät, aber eben nicht für alle und vor allem nicht für diejenigen, die daraus noch lernen sollen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Aufgefallen sein dürfte bei der Lektüre des Gesetzentwurfes die Verankerung beim Landtagspräsidenten. Es war uns besonders wichtig, deutlich zu machen, dass es sich eben nicht um ein Nischenthema oder um ein rein rechtliches Thema handelt, sondern vielmehr um eines, das unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht geprägt hat. Es liegt nun in unserer Hand, aus dieser Prägung etwas Positives zu machen, nämlich die Schärfung des Bewusstseins für Demokratie und für Prozesse, die unsere Demokratie gefährden.

Das ist eine sehr, sehr große Aufgabe, und wir haben das Zutrauen, dass sich gerade dieses Thema – die Aufarbeitung der jüngsten Diktatur – besonders gut dafür eignet, das Bewusstsein dafür voranzutreiben. Deshalb wollen wir den Landesbeauftragten und die Menschen, für die er arbeitet – die Opfer –, stärken und hoffen, dass uns das mit diesem Gesetzentwurf gut gelungen ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der Staatsregierung)